

Harald Stadler

Zum Beschluss Verkauf der Freibadwiese

ANTRAG:

„Der Rat hebt den Beschluss des Finanzausschusses vom 17. Juni 2010, die Freibadwiese zu verkaufen (s. Nr. 122 der Konsolidierungsliste zum Haushalt 2010), auf und beschließt, den Verkauf und die Bebauung der Freibadwiese nicht durchzuführen.“

Dieser Antrag wurde bei 5 Ja-, 39 Neinstimmen und einer Enthaltung vom Stadtrat abgelehnt

1998 hatte die SPD-Fraktion einen gleichlautenden Antrag mit dem Zusatz dauerhaft nicht zu verkaufen gestellt.

Die Haltbarkeit von „dauerhaft“ bedeutet länger als 12 Jahre.

Am 26. Oktober 2006 lehnte die Verwaltung und der Rat einmütig einen Antrag der FDP ab, auf der Wiesenfläche die neue Polizeiwache und ein Behördenzentrum der Stadtverwaltung zu errichten. Begründung zur Ablehnung des FDP-Antrages u.a.:

Mit Blick auf die wirtschaftliche Situation des Hallenfreizeitbades scheint es aus heutiger Sicht weiter geboten sowohl die Freiflächenqualität der Einrichtung nicht einzuschränken, als auch bauliche Möglichkeiten der Attraktivierung für das Bad selbst offen zu halten“

Was ist heute anders? Glaubwürdigkeit in der Politik ist auch in Bornheim ein Gut, die man nicht bei der 1. Krise über Bord wirft.

Meiner Meinung nach wird auch nach einem Verkauf der Freibadwiese der städtische Haushalt nicht dauerhaft entschuldet, vielmehr wird das Grundvermögen der Bornheimer Bürgerschaft leichtgläubig veräußert, das derzeit der Erholung, der sportlichen Betätigung und der Freiraumgestaltung dient.

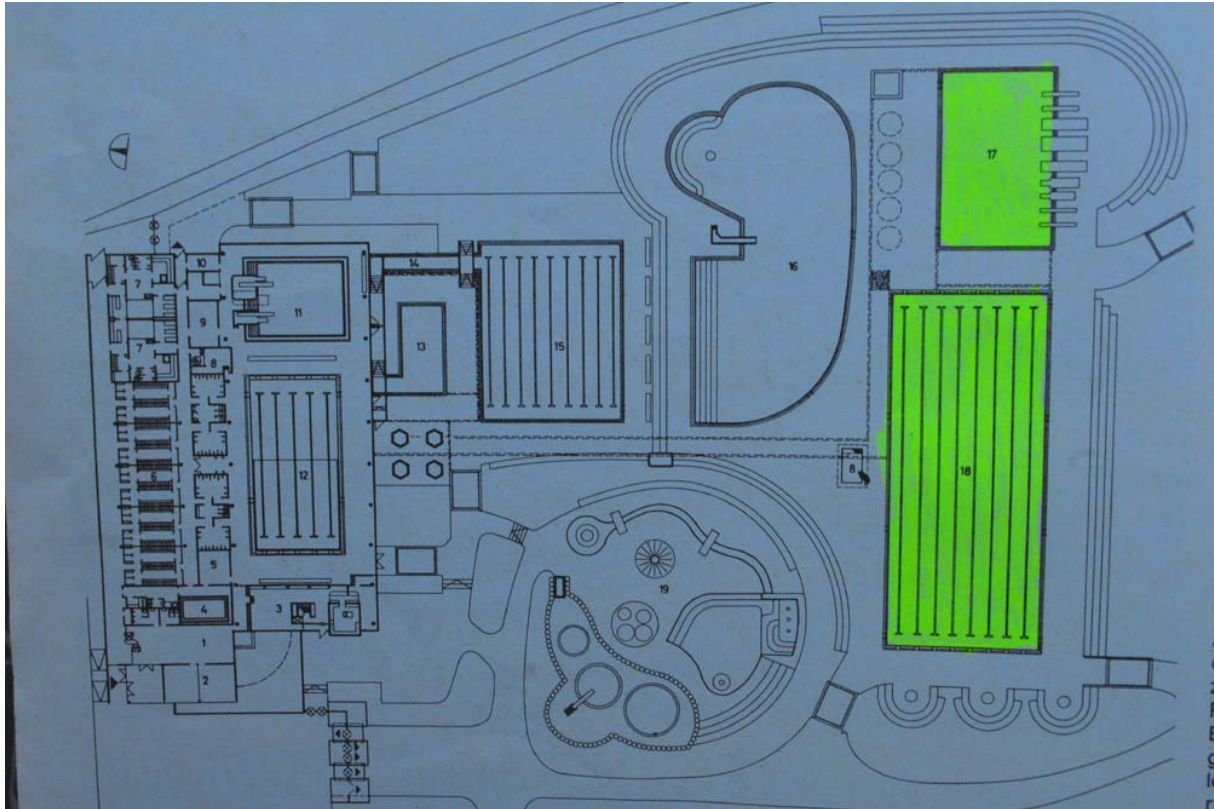
Zur Zeit bilanziert die Stadt diese Fläche (ca. 18000m²) mit einem Viertel des durchschnittlichen Bauland-Bodenwertes auf ca. 1 Million Euro in Ihrer Eröffnungsbilanz. Selbst wenn die Stadt 2 Millionen Euro durch den Verkauf erzielen würde (gerechnet wird mit 1,5 Millionen Euro), wird dies keine spürbare Auswirkung im derzeitigen Nothaushaltsrecht haben. Bei den derzeit niedrigen Kommunalzinssätzen von 3 bis 4 Prozent pro Jahr, würde die Stadt jährlich zwischen 60 und 80.000 Euro Zinsen sparen. Allein die rückwirkende Erhöhung der Kommunalsteuern spült nun jährlich rund 800.000 Euro mehr in die Stadtkasse. Trotzdem wird die Stadt durch den Verkauf der Wiese keinen ausgeglichenen Haushalt in 2010 und den Folgejahren erzielen, aber um einen maßgeblichen Freiraum im Kernbereich der Stadt Bornheim ärmer. Genau hier setzt die Kritik an diesem Beschluss an.

Der Grünzug im unmittelbaren Bachbereich, der sich von der Alfterer Stadtgrenze über Roisdorf, Bornheim bis in die Gemüesfelder der Rheinebene bei Widdig hinzieht, verliert mit dem Sperrriegel einer verdichteten Bebauung auf der Freibadwiese den Charakter eines innerstädtischen durchgehenden Grünzuges. dies stößt auf den Widerstand vieler Bürger. Der Freiraum im städtischen Zentrum Bornheim/Roisdorf mit rund 14.000 Einwohnern, darf nicht der Baulandspekulation und der privatwirtschaftlichen Vermarktung geopfert werden. Doch viel schwerwiegender sind die Auswirkungen auf den Betrieb des Freibades. Als größte Kommune im linksrheinischen Kreisgebiet mit über 48.000 Einwohnern braucht Bornheim diese Freibadwiese. Nur reiche Bürger mit privatem Pool können auf ein öffentliches Bad verzichten.

Unser Freibad mit seiner weiträumigen Freifläche, in Kombination mit dem Hallenbad, ist hervorragend aufgestellt. Die Attraktivität strahlt weit über Bornheim hinaus. Diese Stärke sollte man ausbauen statt durch den Wiesenverkauf abbauen. Das Freibad könnte der Rat z.B. in Kombination mit der Sauna um einen FKK-Bereich erweitern und/oder um einen Minigolfplatz ergänzen. Darüber hinaus fehlt ja noch das mit eingeplane und zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehene Schwimmer- und Turmspringerbecken. Dies würde unseren Bürgern und Gästen mehr nützen als dem Stadtrat durch die jetzt beschlossene einmalige Vermarktung als Bauland. Gerade in Krisenzeiten verkauft man nicht seine Filetstücke. Genau so gut könnte der Stadtrat seine innerörtlichen Dorfplätze oder die in Ortsrandlage liegenden Sportplätze, nach beschlossener Umwidmung in Bauland, verkaufen. Wird dies die nächste Verzweiflungstat der Ratskollegen sein? Wie dem auch sei:



Übersicht des Freibades mit der großen Freifläche bis zur Königstraße. Verkauft werden soll die Fläche bis zum „Unterhaltungstreff“ in der Bildmitte. Die Restfläche (vor dem Lärmschutzhügel) war für die Erweiterung eines Schwimmer- und Springerbeckens vorgesehen.



Der ursprüngliche Gesamtplan des Hallen-und Freizeitbades sah neben dem heutigen Nichtschwimmerbecken ein Schwimmer- und ein Springerbecken vor. Nr. 17 und 18. Bei einer Reduzierung der Freifläche durch die beabsichtigte Bebauung, werden künftige Stadträte nicht mehr die Möglichkeit einer Baderweiterung haben.

Der Stadtrat denkt, doch der Bürger lenkt!

Schon 1998 scheiterte ein Verkauf der Freibadwiese, als über 5000 Bürger sich in einem Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Freibadwiese aussprachen. Leider ignoriert die Politik heute erneut diesen Bürgerwillen, in der Hoffnung, dass im Jahre 2010 der Verkauf des städtischen Vermögens „Freibadwiese“ in der Bornheimer Bürgerschaft auf nicht mehr so heftigen Widerstand stößt, wie im Jahre 1998.